

**An das
Amtsgericht Kreuzberg**

Briefanschrift:
10959 Berlin

Hausanschrift:
Hallesches Ufer 62, 10963 Berlin

Telefon (Vermittlung): (030) 90175 - 0
Fax: (030) 90175 - 711

Datum: _____

Antrag

In der Zwangsvollstreckungssache

_____ ./_. _____ (Gläubiger ./_. Schuldner)

Geschäftszeichen: _____

beantrage ich, _____ (vollständiger Name)

_____ (zustellfähige Anschrift)

Telefonnummer für Rückfragen: _____

- 1. Die Festsetzung des, von der Pfändung nicht erfassten Teils meines Kontoguthabens gemäß § 850k Abs. 4 ggf. iVm. § 765a auf einen weiteren unpfändbaren Betrag,**
- 2. anzuordnen, dass die Zwangsvollstreckung bis zur Entscheidung über den Antrag einstweilen eingestellt wird, gemäß §850k Abs. 4 S.3 iVm. § 732 Abs.2 ZPO.**

Ich führe ein Pfändungsschutzkonto bei der _____

zur IBAN _____,

Bei diesem Konto handelt es sich um ein Pfändungsschutzkonto im Sinne des § 850 k Abs. 7 ZPO. Die Bescheinigung über das P-Konto füge ich bei. Ich habe einen Freibetrag in Höhe von _____.

Der Kontostand beträgt derzeit _____.

Folgende monatliche Beträge gehen auf meinem Konto ein:

- Arbeitseinkommen in Höhe von:
- Arbeitslosengeld I in Höhe von:
- Arbeitslosengeld II in Höhe von:
- Kindergeld in Höhe von:
- Sonstiges: _____ in Höhe von:

Weitere Einkünfte oder Vermögen habe ich nicht.

Ich stelle den Antrag, da ich eine Zahlung in Höhe von _____ vom
_____ am _____ erhalten habe,
wodurch mein Freibetrag überschritten wird.

Es handelt sich dabei um eine Nachzahlung für die Monate _____ - _____.

Angaben zu den familiären Verhältnissen:

- Ich bin ledig
 Ich bin verwitwet
 Ich bin verheiratet

- Ich bin gegenüber _____ zum Unterhalt verpflichtet
 Ich leiste Zahlungen in Höhe von _____ an _____
 Mein Kind / meine Kinder sind in meinem Haushalt wohnhaft

Auf die Freigabe des Geldes bin ich zwingend angewiesen, weil:

Ich füge die Kontoauszüge der letzten 3 Monate sowie sämtliche Einkommensbelege bei!

Mir ist bekannt, dass vom Gericht lediglich Kontoguthaben von der Pfändung und Überweisung freigestellt werden kann.

Um zu verhindern, dass bis zur Entscheidung über den Antrag Auszahlungen durch den Drittschuldner an den Gläubiger erfolgen, ist die Vollstreckung einstweilen einzustellen.

Ich bitte, meinem Antrag **schnellstmöglich** zu entsprechen.

Die Richtigkeit der vorstehenden tatsächlichen Angaben versichere ich nach Kenntnis über die Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung an Eides Statt, vgl. § 161 Abs. 1 StGB.

(Unterschrift)